

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Rao ohne Ämter

Nachdem der ehemalige Premierminister Narasimha Rao schon im September 1996 aufgrund der gegen ihn erhobenen schweren Korruptionsvorwürfe sein Amt als Präsident der 'Congress'-Partei aufgeben mußte, zwang ihn seine Partei im Dezember, nun auch sein Amt als Vorsitzender der 'Congress'-Fraktion im indischen Parlament aufzugeben. Sitaram Kesri, sein Nachfolger als Parteipräsident, hatte ihm mit dem Ausschluß aus der 'Congress'-Partei gedroht, falls er nicht auch diesen Posten aufgäbe.

Seit seiner Amtsübernahme hat Kesri sich innerhalb der Partei um Unterstützung und Verbündete gegen Rao bemüht und dafür geworben, diesen sämtlicher Parteiämter zu entheben. Als im Dezember die 'Congress'-Parlamentarier ihre Fraktionsleitung neu wählten, wurde klar, daß Rao endgültig nahezu jede Unterstützung in der Fraktion verlo-

ren hatte. Sieben der bekanntesten Rao-Gegner wurden von deutlich mehr als 90 der insgesamt 140 'Congress'-Abgeordneten in den 16-köpfigen Fraktionsvorstand gewählt. Dagegen gelang es nur drei Rao-Unterstützern, in dieses Gremium gewählt zu werden, die übrigen sechs gelten als eher neutral. Damit mußten auch die letzten Rao-Loyalisten erkennen, daß dieser politisch endgültig untragbar geworden war.

'Chief'-Minister im Punjab abgelöst

Ein weiteres Opfer der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der 'Congress'-Partei und der Versuche des neuen 'Congress'-Präsidenten Sitaram Kesri, die traditionsreiche Partei neu zu strukturieren, ist der bisherige 'Chief'-Minister des Punjab, Harcharan Singh Brar. Dieser hatte seit seiner Amtsübernahme im vergangenen Jahr, nach der brutalen Ermordung seines Amtsvorgän-

gers Beant Singh, immer wieder Kritik auf sich gezogen, und das schlechte Abschneiden der 'Congress'-Partei im Punjab bei den vergangenen Parlamentswahlen besiegelte schließlich sein Schicksal. Im Februar wird das Landesparlament im Punjab neu gewählt, und die bisher dort vertretenen Abgeordneten sahen wohl kaum Chancen, mit Brar als ihrem Spitzenkandidaten als Sieger aus diesen Wahlen hervorzugehen. In Parteikreisen wird die Ablösung Brars jedoch auch als ein Schachzug um die Vorherrschaft in der 'Congress'-Partei angesehen.

Zur neuen 'Chief'-Ministerin wurde Rajinder Kaur Bhattal ernannt, womit nun zum ersten Mal eine Frau die Regierungsgeschäfte im Punjab übernommen hat. Mit der Ankündigung einer Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation insbesondere von (Klein-)Bauern und -händlern sowie von Frauen, hat Bhattal



Narasimha Rao gratuliert Sitaram Kesri, dem neuen Chef der 'Congress Parliamentary Party' (Foto: 'Frontline')

zum Jahreswechsel inzwischen die Weichen für den beginnenden Wahlkampf gestellt. Kostenlose Elektrizitätsversorgung für Kleinbauern und die Abschaffung von kommunalen Transport- und Straßennutzungsgebühren (Octroi) sind Forderungen, die von den 'Akali'-Parteien schon lange gefordert werden und nun von der 'Congress'-Partei unter der neuen 'Chief'-Ministerin übernommen wurden. Mit der Einführung einer Frauenquote von 30 Prozent im öffentlichen Dienst, kostenloser Busnutzung für über 60jährige Frauen und einer Ausgabenerhöhung für Frauenförderungsprojekte und -programme, soll die Lebenssituation von Frauen verbessert werden.

Die sich in der Opposition befindlichen 'Akali'-Parteien sahen sich angesichts dieser weitgehenden Übernahme ihrer Positionen und Forderungen durch die regierende 'Congress'-Partei nicht in der Lage, Bhattals Aktionsplan zu kritisieren, sondern beschränkten sich lediglich darauf, dessen Umsetzbarkeit anzuzweifeln. Die Maßnahmen, die Anfang Januar in Kraft treten sollten, werden den Haushalt des Punjab mit über 5,7 Milliarden Rupien belasten. Es wird daher eine Erhöhung verschiedener Steuern wie zum Beispiel der Alkoholsteuer erwartet, mit denen diese Ausgaben wieder ausgeglichen werden sollen.

Am 7. Februar wurde im Bundesstaat ein neues Landesparlament gewählt. Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

T.N. Seshan beendet Amtszeit

Nach sechs Jahren voller politischer Kontroversen endete im Dezember 1996 die Amtszeit des umstrittenen Vorsitzenden der indischen Wahlkommission, des 'Chief Election Commissioners' T.N. Seshan. In seinem Bemühen, das Wahlsystem in Indien zu reformieren, hatte sich Seshan in den ersten Jahren seiner Amtszeit immer wieder mit dem politischen Establishment angelegt. Seine Versuche, die Wahlaufgaben der Parteien zu beschränken und gewalttätige Auseinandersetzungen in Wahlkämpfen und bei Wahlen zu reduzieren, seine Kampfansagen gegen Korruption und Machtmißbrauch von Politikern haben ihm schon bald nach seinem Amtsantritt die Sympathien der Öffentlichkeit und den Haß der Politiker eingetragen. Um seinen wachsenden Einfluß zu beschränken, erweiterte die Rao-Regierung schließlich die Wahlkommission und stellte Seshan zwei weitere Wahlkommissare zur Seite, die offiziell seine Arbeit unterstützen, inoffiziell sicherlich aber vor allem dazu dienen sollten, ihn politisch stärker zu kontrollieren.

Bekannter Gewerkschafter ermordet

Mitte Januar wurde in Bombay der bekannte Gewerkschaftsführer Datta Samant in der Nähe seiner Wohnung von zwei Attentätern erschossen. Dr. Samant begann seine Karriere als militanter Gewerkschafter, als er zu Beginn der 1960-er Jahre eine Arztpraxis in den Hügeln von Powai eröffnete, in der er vor allem Steinbrucharbeiter behandelte. 1967 half er diesen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wenige Jahre später organisierte er einen Streik im Unternehmen 'Godrej', der schnell in Gewalttätigkeiten mündete, die mehrere Menschenleben kosteten. Samant wurde verhaftet und unter Mordanklage gestellt, doch das Verfahren mußte schon kurz darauf wieder eingestellt und Samant freigesprochen werden. Als er nach acht Monaten das Gefängnis wieder verließ, war er zum neuen Held der Arbeiter in Bombay geworden. Nationale Beachtung und Bedeutung erhielt er in den 1980-er Jahren durch die Organisation des berühmten und militanten Streiks der Textilarbeiter in Bombay. Als Motiv für die Ermordung des 65-jährigen Gewerkschafters werden Auseinandersetzungen um geplante Grundstücksverkäufe von Textilunternehmen vermutet. Eine Reihe von Textilunternehmen in Bombay plant den Verkauf von Grundstücken und Immobilien im Wert von mehreren hundert Millionen US-Dollar Pläne, die von Samant und seiner Gewerkschaft heftig bekämpft wurden, da er befürchtet, daß die Unternehmer ihre Betriebe schließen und ihre Arbeiter entlassen werden, sobald sie ihre Grundstücke veräußert haben.

Siemens baut Mobilfunknetze

Die Siemens AG wird für insgesamt 300 Millionen DM im Auftrag privater Betreiber fünf Mobilfunknetze in Indien einrichten. Für ein joint-venture der indischen Essar-Gruppe und der Swiss Telecom PTT wird Siemens Mobilfunknetze in Rajasthan, Haryana und Uttar Pradesh einrichten. Zwei weitere Netze werden in den Bundesstaaten Punjab und Karnataka im Auftrag der indischen Modi-Gruppe errichtet, die ein joint-venture mit einem Unternehmen aus Hongkong gegründet hat.

Investieren weiter erleichtert

Um ausländische Beteiligungen und Technologieabkommen zu fördern und größere Anreize für mögliche Investoren zu schaffen, sind die Vorschriften für die automatische Genehmigung ausländischer Beteiligungen weiter liberalisiert

worden. Bisher war es erforderlich, daß die ausländische Beteiligung den Devisenbedarf für Importgüter für das geplante Vorhaben deckt, und die Höchstgrenze für Pauschalzahlungen bei Projekten der technischen Zusammenarbeit betrug zehn Millionen Rupien. Während erstere Vorschrift aufgehoben wurde, gilt nun ein Höchstwert für Pauschalzahlungen von zwei Millionen US-Dollar.

Entlassung von Staatsregierungen soll erschwert werden

Indischen Presseberichten zufolge plant das Innenministerium in New Delhi eine weitgehende Änderung des Verfassungartikel 356, der die Zentralregierung ermächtigt, Regierungen der indischen Bundesstaaten zu entlassen und durch einen Gouverneur regieren zu lassen (presidents rule). Seit 1950 wurde dieser Artikel insgesamt 105 mal angewendet und dabei in der weitaus größten Zahl der Fälle mißbraucht, um unliebsame Landesregierungen abzusetzen, insbesondere dann, wenn die dort regierenden Parteien sich in Opposition zu der Regierungspartei in Delhi befand. Schon kurz nach ihrer Amtsübernahme im vergangenen Jahr hatte die 'United Front'-Regierung unter Premierminister Gowda angekündigt, Artikel 356 so zu ändern, daß sein Mißbrauch ausgeschlossen ist. Damit wird den Ansprüchen und Forderungen der vielen Regionalparteien Rechnung getragen, die sich als Koalitionspartner an der Regierung Gowdas beteiligen. Doch entgegen dieser politischen Absichtserklärung hatte Gowda schon kurz nach seinem Amtsantritt von diesem Paragraphen Gebrauch gemacht und Uttar Pradesh aufgrund der dortigen unklaren politischen Mehrheitsverhältnissen nach den dortigen

Vom Klang des Glücks

Ein Leitfaden zur Konzert-, Tanz- und Tempelmusik Südindiens, von Ludwig Pesch.

Mit zahlreichen Illustrationen von V.C. Arun, Einführung, Aussprachehilfen für alle Fachausdrücke, Beschreibungen der Musikformen in Konzert und Tanz (Bharata Natyam), Notenbeispielen aus der Musikpraxis, Kurzbiographien der großen Komponisten und Lyriker, Discographie (CD, LP, MC) ergänzt durch biographische Notizen der wichtigsten Musiker. 96 S., ISBN: 90-75785-02-X. Zum Preis von DM 20,- (zzgl. DM 5,- Versand) zu beziehen über:

eka. grata publications, postbus 3350, NL-1001 AD-Amsterdam (Niederlande). Tel./Fax: 0031-20-6856044.

gen Wahlen unter 'presidents rule' gestellt. Es wird nun beabsichtigt, die Auflösung eines Landesparlamentes von der Zustimmung nicht nur der Lok Sabha, dem indischen Unterhaus abhängig zu machen, sondern auch von der des Oberhauses, der Rajya Sabha.

Noch handelt es sich bei diesem und anderen Änderungsvorschlägen zum Artikel 356 lediglich um einen Entwurf aus dem Innenministerium. Ob sie jedoch in dieser Form in dem zu ihrer Verwirklichung notwendigen politischen Prozeß bestehen bleiben, muß bezweifelt werden, denn die mit Artikel 356 gegebenen Möglichkeiten, unliebsame Landesregierungen loszuwerden, wird sicherlich keine Zentralregierung in New Delhi so schnell aufgeben wollen.

Armee verstärkt Einsatz im Nordosten

Nach den jüngsten Anschlägen extremistischer Gruppen in den nordöstlichen Bundesstaaten, von denen der auf den Brahmaputra-Expresszug in Assam im Dezember für das größte Aufsehen gesorgt hatte, wird die indische Armee ihre Operationen gegen Extremisten und 'Terrorgruppen' verstärken. Dies kündigte Armeechef General Shanker Roychodhury nach einem Besuch des indischen Nordostens der Presse mit. Bei einer Reise in die gleiche Region, hatte nur wenige Wochen zuvor Premierminister Gowda den mindestens 18 dort aktiven Extremistengruppen Gespräche und Verhandlungen ohne jegliche Vorbedingungen angeboten - eine Geste die jedoch mit einer Ausnahme von allen Gruppen zurückgewiesen wurde. Daraufhin hat die Armee in Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitskräften ihre Aktivitäten verstärkt und versucht, die Extremisten unter militärischen Druck zu setzen. Auf diese verstärkten militärischen Operationen haben die Extremisten ihrerseits mit Gegenangriffen auf Armeeangehörige und Polizeikräfte reagiert, denen bis Mitte Januar mehrere Soldaten der indischen Armee getötet worden sind.

Während der Anschlag militanter Bodos, die in Assam für einen eigenen Bundesstaat kämpfen, auf den 'Brahmaputra Mail' auch international wahrgenommen wurden, finden die vielen kleinen, beinahe alltäglichen Anschläge extremistischer Gruppen im indischen Nordosten selbst in der indischen Öffentlichkeit kaum noch beachten. Da werden Armeepatrouillen angegriffen, Armeefahrzeuge mit Minen in die Luft gesprengt, Polizisten entführt und brutal ermordet. Doch nicht immer sind es nur Vertreter der indischen Sicherheitskräfte, die Opfer extremistischer Anschläge werden, wie die An-

Tagung

50 Jahre Unabhängigkeit auf dem indischen Subkontinent Koloniale Kontinuitäten-Neue Abhängigkeiten-Neue Chancen?

Zum Anlaß des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit und Dekolonisierung auf dem südasiatischen Subkontinent veranstaltet die Evangelische Akademie Iserlohn in Zusammenarbeit mit der Kalkutta-Gruppe Deutschland und dem Südasiabüro eine Wochenendtagung vom 11. bis 13. April 1997. Die aktuelle Situation auf dem südasiatischen Subkontinent stellt die Menschen und Verantwortlichen in diesen Staaten vor vielfältige Herausforderungen, die dem deutschen Publikum oftmals nur in Facetten bekannt sind: Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen, Regionalkonflikte in Kaschmir und den nordöstlichen Grenzgebieten Indiens, wirtschaftliche Globalisierungstendenzen und Umweltbelastungen oder verschiedene innenpolitische und soziale Zerreißproben. Trotzdem hat der Subkontinent eine eigenständige Kultur bewahrt, die es immer wieder neu zu entdecken gilt. Zudem fordern kritische und selbstbewußte Südasiaten zunehmend die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und die Beteiligung an der aktuellen Entwicklung.

Der "Zusammenprall von Kulturen und Religionen" in Südasien soll in seiner historischen Dimension sowie den Entwicklungen im Verlauf von 50 Jahren Selbständigkeit analysiert werden. Auch die gegenwärtigen Gefährdungen und Chancen, welche die politische, ökonomische und soziale Lage in den Nachfolgestaaten Britisch-Indiens bestimmen, werden in Vorträgen renommierter Fachleute und in ausführlichen Gesprächsforen aufgegriffen. Die Seminarveranstaltungen werden eingebettet in ein Programm, daß Raum und Zeit zum Kennenlernen der Kulturen des Subkontinentes bietet.

Weitere Informationen/Programm/Anmeldungen: Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, Tel. 02371-3520, Fax 02371-35299.

schläge der Bodos zeigen. Wenige Wochen vor dem verheerenden Zugenschlag überfielen beispielsweise Angehörige des NSCN (National Socialist Council of Nagaland) einen Bus und eröffneten das Feuer auf die Reisenden, die sie allesamt für Angehörige des Kuki-Volkes hielten. Nur vier Tage später erschossen Aktivisten der 'All Tripura Tiger Force' 24 Bengalen, da sie diese für eine Überfremdung der tripurischen Stämme verantwortlich machen.

Zwar ist eine Verstärkung und Intensivierung von Armeeeaktionen angesichts solcher Vorfälle verständlich, doch wird eine Lösung für die vielfältigen Konflikte, die sich hinter diesen und anderen Anschlägen verbergen, nur auf politischem Weg über Verhandlungen erfolgen können. In diesem Sinne ist das Gesprächsangebot Gowdas an die vielen Extremistengruppen zu begrüßen und es bleibt zu hoffen, daß diese sich doch entschließen werden, auf dieses Angebot einzugehen. Oder sollten all diejenigen Kritiker dieser Organisationen Recht behalten, die behaupten, mit extremistischen und terroristischen Aktivitäten, wie sie beispielsweise die ULFA in Assam oder der NSCN in Nagaland ausüben, lasse sich soviel Geld verdienen, daß keines ihrer Mitglieder wirklich an Frieden interessiert sei.

16 Polizisten Opfer von Naxaliten

Bei einem Angriff auf eine Polizeistation in Südindien hat die gefürchtete

naxalitische 'Peoples War Group' in Andhra Pradesh Anfang Januar 16 Polizisten getötet. Nach einem etwa 30-minütigen Feuergefecht sprengten die etwa 60 angreifenden Naxaliten die Polizeistation des Dorfes Karakagudem in die Luft, wobei neben den dortigen Polizisten auch zwei inhaftierte Zivilisten ums Leben kamen.

Indien erhält Bofors-Dokumente von Schweizer Banken

Steht einer der größten Bestechungsskandal der jüngeren indischen Geschichte nun endlich vor der Aufklärung? Und welche Rolle spielte Rajiv Gandhi in der Affäre? Fragen, die sich die indische Öffentlichkeit stellt, nachdem Schweizer Banken endlich mehr als 500 Seiten Dokumente und Akten über Geldzahlungen im Zusammenhang mit einer Waffenlieferung des schwedischen Waffenproduzenten Bofors nach Indien stellen. Immer wieder wurde der Verdacht geäußert, Rajiv Gandhi sei einer der wichtigsten Empfänger der Bestechungsgelder gewesen, die im Zusammenhang mit dem Waffendeal von der schwedischen Firma gezahlt worden waren. Der Skandal hatte Ende der 1980er Jahre viel Staub aufgewirbelt und war wohl der entscheidende Grund für die Niederlage der 'Congress'-Partei bei den Parlamentswahlen 1989.

Indischen Journalisten war es gelungen zu beweisen, daß ein Teil der Kommission für den 1986 geschlossene

nen Deal über die Lieferung von 410 Haubitzen an die indische Armee, auf geheime Schweizer Bankkonten geflossen war. Seitdem versuchte die zentrale indische Untersuchungsbehörde (CBI) Zugang zu diesen Bankkonten zu erhalten und herauszufinden, wem sie gehören. Nach jahrelangem Rechtsstreit mit der indischen Regierung hat nun das Oberste Schweizer Gericht die Herausgabe der Papiere angeordnet.

Fasten gegen Korruption

Mit seiner Fastenaktion gegen Korruption in Maharashtra hat der bekannte

Gandhianer und Sozialreformer Anna (älterer Bruder) Hazare, die Landesregierung dieses westlichen indischen Bundesstaates gegen sich aufgebracht. Schon im November vergangenen Jahres begab sich Hazare in einen zweiwöchigen Hungerstreik, um die Entlassung zweier Minister und die Einrichtung eines ständigen Komitees zum Kampf gegen Korruption zu fordern. Die 'Shiv Sena'/BJP - Regierung Maharashtras unter 'Chief'-Minister Manohar Joshi reagierte auf Hungerstreik des populären Aktivisten mit einer vorläufigen Entbindung der beschuldigten Minister von ihren Ämtern und setzte ein Komitee ein,

daß die Vorwürfe untersuchen soll.

Mit der Ankündigung einer landesweiten Kampagne gegen Korruption hat Hazare seinen Hungerstreik zwar beendet, doch zeigt die Zahl seiner Unterstützer und derjenigen, die ihn während seines Hungerstreiks besuchten und sich mit ihm solidarisch erklärten, daß das öffentliche Image einer korruptionsfreien 'Bharatiya Janata Party' oder einer 'Shiv Sena' zumindest starke Kratzer bekommen hat. Über 10.000 Menschen besuchten Hazare während seiner Fastenaktion und mehr als 1.800 NGOs bekundeten ihren Willen, ihn bei seinem Kampf zu unterstützen.

Kommentar:

Mit der Wahl Sitaram Kesris zum neuen Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der 'Congress'-Partei hat die Traditionsparterie zunächst wieder einmal eine Chance zu einem wirklichen demokratischen innerparteilichen Neuanfang verpaßt. Würde an Rao immer wieder kritisiert, daß er nicht bereit sei, eine seiner beiden Führungspositionen zu räumen und durch innerparteiliche Wahlen neu zu besetzen, hat nun auch Kesri die beiden höchsten Ämter innerhalb der 'Congress'-Partei inne. In offiziellen Verlautbarungen heißt es zwar, Kesri sei von den Parlamentariern seiner Partei einstimmig zu deren Vorsitzenden gewählt worden, doch ist zu bezweifeln, ob tatsächlich ein Wahlprozeß stattgefunden hat. Die Unterstützung eines der bedeutendsten Rao-Loyalisten, des ehemaligen 'Chief'-Ministers Maharashtras Sharad Pawar, versicherte sich Kesri durch dessen Ernennung zum Fraktionssprecher.

Ohne großes Aufsehen zu erregen, sind Anfang Januar N. D. Tiwari und Arjun Singh in die 'Congress'-Partei zurückgekehrt. Die beiden waren von Narasimha Rao während dessen Regierungszeit aus der Partei ausgeschlossen worden, weil sie sich öffentlich gegen ihn gestellt hatten. Tiwari hatte nach seinem Ausschluß eine eigene 'Congress'-Partei gegründet, den 'Congress (T)', und damit bei den letzten Wahlen vier Parlamentssitze gewinnen können. Zwei dieser Abgeordneten, die dem Kabinett Gowdas als Staatsminister für Eisenbahn und Staatsminister für Chemie und Düngemittelproduktion angehören, haben diesen Schritt zurück in die Mutterpartei noch nicht vollzogen.

Mit diesem Schritt ist Sitaram Kesri, dem neuen starken Mann in der 'Congress'-Partei, ein weiterer wichtiger Schritt zu deren Konsolidierung gelungen, der in Delhi immer wieder zu Spekulationen führt, wie lange die Regierung Deve Gowdas sich noch der Unterstützung der 'Congress'-Partei erfreuen kann. Kesris Bemühungen werden sich nun darauf richten, auch andere 'Abtrünnige' in den Schoß der Mutterpartei zurückzuholen und damit die Position des 'Congress' in der Lok Sabha zu verbessern. Noch gibt es zwar keine Anzeichen dafür, daß es ihm gelingen würde, die ehemaligen 'Congress'-Mitglieder aus Tamil Nadu zurückzugewinnen, die dort kurz vor den letzten Wahlen mit dem 'Tamil Maanila Congress' eine eigene Partei gegründet hatten, die nun ein wichtiger Koalitionspartner in der 'United Front' ist. Ein solcher Schritt würde wohl eine entscheidende Schwächung der Koalitionsregierung Deve Gowdas, der 'United Front', bedeuten und die 'Congress'-Partei zur stärksten Partei in der Lok Sabha machen. Doch würde auch damit die Position der 'Congress'-Partei noch nicht so gefestigt sein, daß sie der

Regierung Gowdas ihre Unterstützung entziehen und damit Neuwahlen erzwingen könnte. Denn die knapp 130 Abgeordneten, die 111-jährige Traditionsparterie benötigt, um in der Lok Sabha die notwendige Mehrheit zu erlangen, müssen aus der 'United Front' kommen. In dieser gibt es einige Schwachstellen, die von Kesri in der nächsten Zeit sicherlich umworben werden. Hierzu gehören vor allem die schon erwähnte TMC und Politiker wie Mulayam Singh Yadav, Lalloo Prasad Yadav und Biju Patnaik. Mit der TMC und den Anhängern dieser Politiker würde die Zahl der 'Congress'-Abgeordneten auf über 220 steigen, und erst dann wäre sie tatsächlich in einer solch starken Position, daß sie nach der Regierung greifen könnte.

Gowda bemüht sich unterdessen, seine vielen Koalitionspartner bei Laune zu halten und dabei widmet er der TMC besondere Aufmerksamkeit. Die angekündigte weitere Liberalisierung der Wirtschaft und andere politische Entscheidungen, die Anfang des Jahres in New Delhi getroffen wurden, zielen vor allem darauf, die TMC und die anderen Koalitionspartner zufriedenzustellen. Ein wichtiger Schachzug in diesem Zusammenhang ist die angekündigte Verfassungsänderung über die Möglichkeiten der Zentralregierung, unliebsame Regierungen auf Landesebene zu entlassen. Diese Maßnahme gilt vor allem regionalen Koalitionspartnern, wie z.B. eben der TMC. Gleichzeitig ist diese Ankündigung eine Reaktion auf die Absicht der 'Congress'-Partei, eine Kommission einzusetzen, die über Möglichkeiten einer Reform der Beziehungen zwischen Zentralregierung und Bundesstaaten diskutieren soll.

Wer sich im Verlaufe des neuen Jahres durchsetzen und ob es Gowda gelingen wird, die weiteren Konsolidierungsbemühungen innerhalb der 'Congress'-Partei erfolgreich zu kontern, bleibt abzuwarten. Ungeachtet des Ausgangs dieser Auseinandersetzung und der Frage, wer Ende des Jahres als Sieger die Regierungsgeschäfte in New Delhi innehaben wird, ist auf absehbare Zeit eine grundlegende Änderung beispielsweise der Wirtschaftspolitik und deren Reorientierung in Richtung auf die ärmeren Bevölkerungsschichten, die bisher unter der Liberalisierungspolitik am meisten gelitten haben, nicht zu erwarten. Denn jede drastische Politikänderung wird zu ebenso drastischen Verschiebungen der Macht- und Mehrheitsverhältnisse zwischen den politischen Parteien Indiens führen.

Theo Ebberts